

# Rechnung à la Ilse Aigner

„Kein Markt für Pumpspeicher“: Wie Bayern die Energiewende an die Wand fährt

Von Bernhard Stuhlfelner

**Lam/Passau.** Die bayerische Staatsregierung hat in Person der Wirtschaftsministerin Ilse Aigner ihre Rechnung präsentiert: keine neuen Pumpspeicherkraftwerke. Sie hat die Rechnung aber ohne die Investoren gemacht. Die halten an ihren Plänen unbeirrt fest und fühlen sich zudem von der Staatsregierung politisch betrogen.

Lediglich die Energieallianz Bayern, die am Jochberg über Kochel am See das größte Pumpspeicherprojekt starten wollte, denkt angesichts des überraschenden Sinneswandels in der Staatsregierung sowie des großen Bürgerwiderstandes vor Ort an Aufgabe. Kein Wunder: Die Energieallianz setzt sich aus mehr als zwei Dutzend kommunalen Versorgern, zumeist Stadtwerke, zusammen. Und die sind politisch weisungsgebunden.

Hingegen sind die anderen beiden – privaten – Investoren unbeeindruckt. Sowohl die Münchner Firma Vispiron, die das Projekt Johanneszeche am Osser in Angriff genommen hat, als auch die österreichische Verbund AG, die den Speicher Riedl bei Passau-Jochenstein plant, denken nicht an Aufgabe. Im Gegenteil: Vispiron-Chef Amir Roughani droht der Staatsregierung, sie möge sich bloß nicht in In-

*Noch vor einem Jahr war Bayerns Haltung eine völlig andere*

vestorenpläne der Firma einmischen, sonst werde es etwas setzen.

Die Verbund-AG-Sprecherin Eveline Fitzinger bestätigt ebenfalls, ihr Konzern denke nicht im geringsten an Rückzug. Die Verbund AG betreibt in Österreich eine Reihe von Kraftwerken, unter ihnen die hochmodernen Pumpspeicherwerke Limberg I und Limberg II in Kaprun. Die Verbund AG werde im kommenden Frühjahr ihre Planungsunterlagen zum Projekt Riedl bis zur Genehmigungsreife vervollständigt haben. Mit dem Baubeginn sei dann ab 2017 zu rechnen. Bauzeit: etwa drei Jahre. Zur Abschaltung des letzten deutschen Atomkraftwerks 2022 jedenfalls könne das Pumpspeicherkraftwerk defini-



So liegt ein Pumpspeicherkraftwerk mit Ober- und Unterbecken in der Landschaft, hier das größte Deutschlands in Goldisthal (Landkreis Sonneberg, Thüringen) noch während der Bauphase vor zehn Jahren. Sämtliche Technik mit Rohren, Turbinen und Maschinen liegt unterirdisch. – Unten: Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. (Foto: Stefan Thomas/dpa)

tiv in Betrieb sein und rentabel arbeiten, so Fitzinger.

Noch vor einem Jahr las sich die bayerische Haltung in Horst Seehofers Wahlprogramm völlig anders: Die CSU halte Pumpspeicherkraftwerke für unverzichtbar zur Bewältigung der Energiewende; sie werde sich dafür einsetzen, dass sie wirtschaftlich betrieben werden. Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht zur Energiewende: „Künftig wird ein Mix verschiedener Stromspeicher erforderlich sein. (...) Wir wollen, dass Pumpspeicherkraftwerke auch künftig ihren Beitrag zur Netzstabilität leisten können.“

Es erstaunt – und erstaunt auch

*Ist Studie der Ministerin eine Gefälligkeit für den Ministerpräsidenten?*

wieder nicht –, dass die CSU bei populistisch angehauchten Lieblingsprojekten auf strikter Vertragstreue besteht (Maut, sic!), sich bei den unpopulären anderen hingegen an keine Vereinbarung erinnern kann.



Vispiron hat, was den geplanten Speicher am Osser betrifft, eine unmissverständliche Warnung an die Staatsregierung ausgesprochen: Sie solle der zuständigen Raumordnungsbehörde, das ist die Regierung der Oberpfalz, bloß keine Weisungen erteilen oder in irgendeiner Form in das Genehmigungsverfahren eingreifen, sonst... Zwar bestätigt Vispiron nicht offiziell, dass dann der Gang vor das Verwaltungsgericht in Betracht käme, aber: „Wenn die Staatsregierung tatsächlich in das Verfahren eingreift, ist das eine Ungeheuerlich-

keit, die wir uns nicht bieten lassen“, sagt ein Vispiron-Sprecher unserer Zeitung. Die Firma biete aber Ilse Aigner gerne an, „den Nutzen des geplanten Pumpspeicherkraftwerks am Osser persönlich der Öffentlichkeit zu präsentieren“.

Obendrein fordert Vispiron das Haus Aigner auf, die Studie offenzulegen, die sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die Notwendigkeit von Speicherkraftwerken infrage stellt. Diese Studie angefordert hat im Übrigen auch unsere Zeitung, ist aber vorerst abgeblitzt. Nichts davon geht zunächst an die Öffentlichkeit, heißt es strikt aus dem Ministerium. Eine von der Eidgenössisch-

*Expertise der ETH Zürich kommt zu anderen Schlussfolgerungen*

Technischen Hochschule (ETH) Zürich für das Bundeswirtschaftsministerium erstellte Studie kommt zu anderen Ergebnissen als das bayerische Wirtschaftsministerium.

Dass die im Hause Aigner erstell-

te Expertise insofern ein rein politisch motiviertes Gefälligkeitsgutachten sein könnte, um die wegen Bürgerwiderständen von Mitgliedern der Staatsregierung ungeliebten Kraftwerksprojekte zu Fall zu bringen, ist definitiv nicht auszuschließen, wenngleich das Wirtschaftsministerium dergleichen heftig dementiert. Gleichwohl soll die Studie nunmehr Ende September veröffentlicht werden. Warum aber dann nicht jetzt und sofort? Weil dahinter eine Verzögerungs- und Hinhaltenaktik steht, um den Kraftwerksverfechtern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Mittlerweile hat auch der Bund Naturschutz (BN) in Bayern das mögliche Aus für neue Pumpspeicherkraftwerke begrüßt. Der BN spricht seit langem von einer „veralteten Technologie“, kann andererseits keine moderne benennen, welche die Pumpspeichertechnik in naher Zukunft gleichwertig ersetzen könnte. Auch die vielbemühte „Power-To-Gas“-Technologie ist frühestens in zehn bis 15 Jahren zur Marktreife gediehen. Sie verfolgt aber einen anderen Speicherzweck als Pumpspeicher, weil sie auf langfristigen Betrieb ausgelegt ist. Pumpspeicher hingegen können kurzfristig reagieren.

Zudem, so der BN weiter in seiner Pressemitteilung von diesem Donnerstag, sei die Flächeneffizienz von

*Pumpspeicherwerke haben einen geringen Flächenverbrauch*

Pumpspeicherkraftwerken „sehr schlecht“, sie hätten einen hohen Natur- und Landschaftsverbrauch. Dass hingegen der Flächenverbrauch bei Solaranlagen um das Dreißigfache höher ist als bei Pumpspeicherwerken, um dieselbe Menge Strom zu erzeugen, verschweigt der Naturschutzverband.

Nachprüfbar Berechnungen ergeben nämlich folgende Zahlen: Der Pumpspeicher Johanneszeche am Osser würde einen Flächenverbrauch von 15 Hektar haben. Um die gleiche Menge Strom von rund 200 000 MWh im Jahr zu erzeugen, müsste sich eine Solaranlage über

(Fortsetzung nächste Seite)

Wem trauen Sie mehr zu, liebe Leserinnen und Leser, oder wem vertrauen Sie mehr – der fischen bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner oder dem bulligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel?

Beiden gemeinsam ist, dass sie Studien erstellen ließen zu Sinn und Zweck von Pumpspeicherkraftwerken. Ilse Aigner vom eigenen Ministerium, Sigmar Gabriel von der Eidgenössisch Technischen Hochschule (ETH) Zürich. Hier hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf, denn die Studien kommen zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

*Die Studien der Ministerien laufen diametral auseinander*

Das bayerische Wirtschaftsministerium will erkannt haben, dass Pumpspeicher nichts zur Energiewende beitragen können und es auch keinen Markt für sie gebe.

Die Studie der ETH Zürich kommt zu diesem Fazit: Es gibt mittel- und langfristig eine gute Marktlage und eine potenzielle Investorenschaft für Pumpspeicher-

**KOMMENTAR: Pumpspeicherkraftwerke**

## Energiewende? Nicht bei uns!

kraftwerke. Zudem seien sie für die Bewältigung der Energiewende unverzichtbar. Welcher Seite darf man, muss man glauben? Der Bundeswirtschaftsminister hält alle Trümpfe in der Hand, denn seine Studie stammt von einem renommierten und unabhängigen Wissenschaftsinstitut.

Bei Ilse Aigner, die sich selbst vor einem halben Jahr noch für Pumpspeicherkraftwerke ausgesprochen hat, liegt der Verdacht nahe, dass der Chef, der Horst, vor dem Hintergrund des Jochberg-Konfliktthemas gesagt hat: Ilse, räume mir diese Baustelle weg! Ich habe genügend andere!

Daraufhin hat „die Ilse“ ihre Ministerialgründen zusammengerufen und ihnen gesagt: Macht mir eine Studie, die dem Horst passt! – Ein Szenario, gewiss, denn niemand aus dem Hause Aigner würde das in dieser Form bestätigen.

Um die Irrungen und Wirrungen über Sinn und Zweck von Pumpspeicherkraftwerken noch zu steigern: Die hochrenommierte Fraunhofer-Gesellschaft hat es fertigge-

bracht, zwei völlig gegensätzliche Standpunkte dazu in Umlauf zu bringen: Das Freiburger Fraunhofer-Institut hält Pumpspeicher für überflüssig und zudem technisch veraltet, das Karlsruher Institut hingegen für notwendig und in der technischen Effizienz allen potenziellen modernen Alternativen auch künftig für überlegen.

In Südbayern laufen derzeit drei Großprojekte für Pumpspeicher-

*Investoren warnen die Staatsregierung vor Einmischungsversuchen*

kraftwerke: Das größte und umstrittenste am Jochberg über Kochel am See, das zweite am Osser im Bayerischen Wald, das dritte, schon länger laufend, in Riedl über der Donau bei Jochenstein, Passau.

Die Investoren am Osser und an der Donau befürchten, dass die Staatsregierung den Genehmigungsbehörden – den Bezirksregie-

rungen in Regensburg und Landshut – Weisungen erteilen könnte, die Genehmigungen zu verweigern. Dann ginge es mutmaßlich vor die Verwaltungsgerichte. Die Investoren ließen sich das nicht gefallen.

Als Vertreter der öffentlichen Meinung würden auch wir heftig die Trommel schlagen. Überdies wäre das dann auch für Horst Seehofer mindestens eine seiner vielen politischen Baustellen zu viel.

Welche Wertschöpfungskette will Bayern künftig auf dem Energiesektor abdecken, wenn es die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien den norddeutschen Bundesländern überlässt und die Speicherung der selbst erzeugten Energie nach Österreich verlagert? Bayern wird auf diese Weise vom energieautarken zum Energieimportland und verliert an Autarkie und Wirtschaftskraft.

Die Kardinalfrage indes ist: Will die bayerische Staatsregierung die Energiewende noch? Versteckt sich Horst Seehofer hinter dem Bürgerwillen, der besagt: Energiewende – ja, sofort! Aber nicht bei uns?

Keine Speicherwerke, keine Stromtrassen, eine Windenergiepolitik, die allenfalls für einen Zwergstaat taugt, keine erkennbare Linie in der Energiepolitik, kein tragbares Konzept. Dazu viele andere Baustellen, in der Asylpolitik, bei den Schulreformen, in den Fällungen Haderthauer und Schotttdorf, Pkw-Maut – Fortsetzung beliebig. Das ist die Lage in Bayern.

Die bayerische Staatsregierung züchtet sich einen Reformstau ohne gleichen heran. Sie vermeidet Problemlösungen geschickt – Politik zum Wohlgefallen der Bürger. Sie lebt zudem von der von früher her aufgebauten Substanz

*Bayerischer Reformstau und eine Politik zum Wohlgefallen der Bürger*

und auf Kosten nachfolgender Regierungen und Generationen. Nichts wächst nach.

Seehofers Nachfolger, ob am Ende der Legislaturperiode 2018 oder schon früher, ist heute schon zu bedauern. Er wird auf Jahre hinaus alle Hände voll zu tun haben, den Reformstau aufzulösen.

Bernhard Stuhlfelner



## Rechnung à la Aigner (Fortsetzung)

eine Fläche von 450 Hektar ausbreiten. Solange das auf Dächern oder vergleichbar toten Flächen geschieht – kein Problem. Aber auf landwirtschaftlicher Nutzfläche? Bei Biogas wären es im Übrigen sogar 10 000 Hektar.

Die ETH Zürich kommt in ihrer Studie für die Wirtschaftsministerien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung bezüglich der wirtschaftlichen Rentabilität von Pumpspeicherkraftwerken. Wie das bayerische Wirtschaftsministerium, glaubt auch die ETH-Studie nicht daran, dass gegenwärtig günstige Marktbedingungen für Pumpspeicherkraftwerke herrschen. Dies werde sich aber mittel- und insbesondere langfristig ändern. Mit dem Ende des Atomstromzeitalters in Deutschland ab 2022 und besonders in den Jahren ab 2030 und folgende würden sich die Marktchancen in puncto Verlust und Gewinn erheblich verbessern. Von der energiepolitischen Notwendigkeit von Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken ist die ETH ohnedies überzeugt.

Allerdings ist aus der Studie auch herauszulesen, dass ohne staatliche Förderung in den Jahren bis zum endgültigen Atomausstieg für Pumpspeicherkraftwerke die wirtschaftliche Basis womöglich nicht ausreichend sei.

### Wissenschaftler sagen: Die Energiewende kommt auf Dauer deutlich billiger

Signifikant indes ist der Schlusssatz der ETH-Studie: *Auch wenn die Pumpspeicherkraftwerke sich derzeit in einem schwierigen (Investitions-)Umfeld befinden, ist es offensichtlich, dass ihre Fähigkeiten insbesondere mittelfristig für ein funktionierendes (Energie-)Gesamtsystem von großer Bedeutung sein werden.*

Exakt diesen Blick in die Zukunft blendet die bayerische Staatsregierung bei ihren Betrachtungen vollständig aus und analysiert ausschließlich die Gegenwart. Frei nach dem Motto: Was interessiert mich die Zukunft, wenn ich heute lebe! Stattdessen geht der Blick ins glückliche Österreich, das dann im Notfall ja aus der Patsche helfen könnte.

Ausgerechnet Österreich. Dort werden Dutzende Vollast- und Speicherkraftwerke rentabel und zum großen Teil auf modernstem Standard betrieben. Zudem Hunderte Windkraftanlagen, auch Sonnenstrom wird produziert. Stellt man sich das Bayern des Jahres 2030 energietechnisch wie das Österreich des Jahres 2014 vor, dann wird Folgendes klar: Österreich braucht keine Energiewende, sie ist dort längst Realität. Österreich deckt 57 Prozent seines Strombedarfs aus Wasserkraft. Dazu Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme. Der Anteil von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen, wie Kohle oder Öl, ist vergleichsweise gering und schwindet weiter. Deshalb wird Österreich künftig keinerlei Energieprobleme haben, weil es nachhaltig wirtschaftet und in dieser Kontinuität sein Energiepreinsniveau stabil halten kann, während Länder und Weltregionen, die weiterhin auf fossile Brennstoffe und insbesondere auf Atom setzen, irgendwann im 21. Jahrhundert größte Probleme haben werden, was Stromproduktion, Emissionen und vor allem Bezahlbarkeit betrifft. Energiewissenschaftler sagen jenen Ländern, die unbeirrt auf fossile Brennstoffe setzen, explodierende Energiepreise voraus. Von den Emissionen gar nicht zu reden.

Abschließend: Wenn diese Kraftwerke in Österreich rentabel betrieben werden können, warum dann nicht auch in Bayern? Spätestens doch wohl in zehn Jahren?

# Generationenprojekt gegen die Jahrhundertflut

## Huber verkündet „vorläufige Sicherung“ von Flutpolder-Standorten entlang der Donau

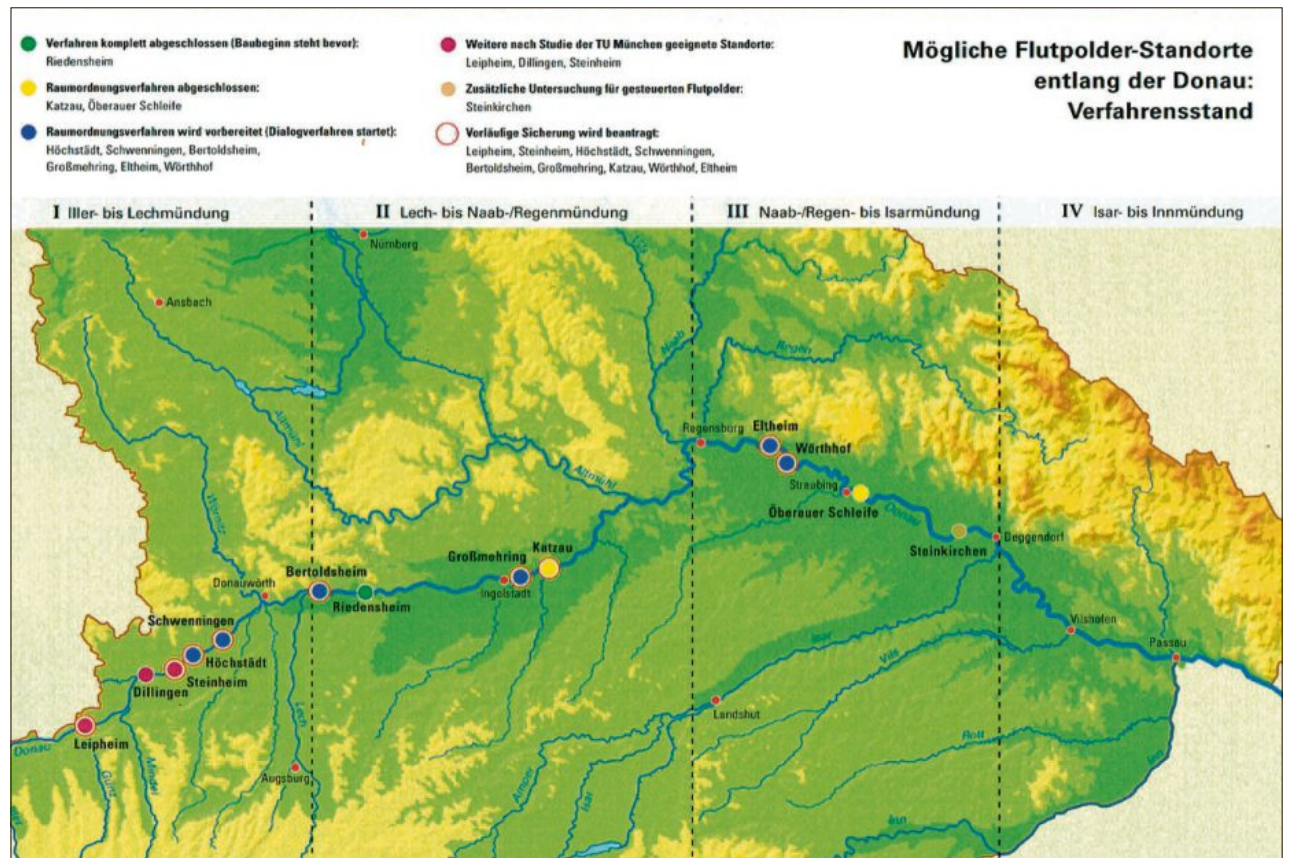
**Deggendorf/München. (rm)** Erst nach Vereidigung seiner designierten Nachfolgerin Ulrike Scharf (CSU) am kommenden Dienstag im Landtag ist Marcel Huber (CSU) nicht mehr bayerischer Umweltminister. Umso wichtiger war es dem künftigen Staatskanzleichef, am Freitag noch ein „Generationenprojekt“ aufs Gleis zu bringen: den Hochwasserschutz an der bayerischen Donau durch gesteuerte Flutpolder. Es könne schon 20 Jahre dauern, bis alles umgesetzt sei, hieß es am Freitag bei einer Pressekonferenz des scheidenden Umweltministers in München.

Das Jahrhunderthochwasser vom Juni vergangenen Jahres steckt Huber und den Kommunalpolitikern entlang der Donau immer noch schwer in den Knochen. Der Deggendorfer Landrat und Präsident des bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter (CSU), dessen Landkreis nach Passau damals am schwersten betroffen war, appellierte an die Solidarität aller Donau-Anrainer. „Jeder Unterlieger ist auch Oberlieger“, sagte Bernreiter. In dem Fall sollte das bedeuten: Möglichst keine Schwierigkeiten bei der Ausweisung von Flutpoldern machen.

### „Vorläufige Sicherung“

Nach der Katastrophe vom Juni vergangenen Jahres mit durchgewichenen alten Dämmen und inzwischen 200 wegen Wasserschäden abgerissenen Häusern in Niederbayern setzt die Staatsregierung vor allem auf so genannte gesteuerte Flutpolder entlang der Donau. Damit könne eine extreme Hochwasserwelle um mehr als zehn Prozent und somit entscheidend gekappt werden, sagte Huber unter Verweis auf wissenschaftliche Untersuchungen der Technischen Universität München (TUM).

In einer Studie hatte die TUM entlang der bayerischen Donau zwölf Standorte für die Schaffung



Die geplanten Flutpolder-Standorte an der Donau.

(Graphik: Umweltministerium)

solcher Polder zwischen Leipheim an der Landesgrenze zu Baden-Württemberg bis Steinkirchen vorgeschlagen.

Maximal könnten damit 136 Millionen Kubikmeter Wasser zurückgehalten werden – so viel wie zusammenkommt, wenn man 9000 Fußballfelder zwei Meter hoch unter Wasser setzt. Die Entlastung durch ungesteuerte Flutpolder sei zwar auch da, aber nachweislich nicht so groß, sagte Huber.

Trotz der gemeinnützigen Zielsetzung dürfte es bei der Umsetzung des Jahrhundertprojekts nicht überall glatt laufen. „Es wird keinen gesteuerten Flutpolder geben, von dem für irgendjemanden negative Wirkungen ausgehen“, versprach Noch-Umweltminister Huber. Und die Landwirte müssten sich überhaupt keine Sorgen ma-

chen. In einem ersten Schritt wurden die Standorte „vorläufig gesichert“, wie dies nach dem Wasserhaushaltsgesetz heißt. Damit soll verhindert werden, dass in den ins Auge gefassten Überschwemmungsflächen noch Wohn- oder Gewerbebauten genehmigt werden.

### Ausräumen statt überreden

Nach dieser „vorläufigen Sicherung“ soll es eine Runde von Gesprächen und Dialogen geben, bei denen – so wünscht es sich Huber – die Bürger nicht überredet, sondern etwaige Bedenken „ausgeräumt“ werden sollen. Da wird es zum Beispiel um die Angst vor steigenden Grundwasserspiegeln und Beeinträchtigung des Trinkwassers gehen, aber auch um die Befürchtung, die Polder könnten anderorts das

Hochwasserrisiko verschärfen. Die Hochwasserschützer wappnen sich mit einem langen Atem. Die ersten gesteuerten Flutpolder könnten schon in fünf Jahren fertig sein, die letzten könnten aber auch bis zu 20 Jahre benötigen, schätzt man in München. Am Standort Riedensheim (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) besteht inzwischen Baurecht und für die Standorte Katzau (Landkreise Eichstätt und Pfaffenhofen) und Oberauer Schleife (Straubing) gab es bereits Raumordnungsverfahren.

Deggendorfs Landrat Bernreiter appellierte an seine Kommunalpolitiker-Kollegen, „nicht noch schnell was zu planen“. Deichbrüche habe es 1988, 1999 und 2013 gegeben. Die letzte Flut habe bereits den Beweis erbracht, „dass solche Polder was taugen“.

## Endlich wieder gerne aufs Foto

### Wie Gesichtschirurgen der Regensburger Uniklinik Menschen nach Unfällen helfen

**Regensburg. (gib)** Das Gesicht ist die Kontaktbörse des Menschen. Wir sprechen nicht nur mit den Lippen, sondern lassen unser Gegenüber auch über die Augen, die Mimik, ein Lächeln oder ein Stirnrunzeln wissen, wie es uns geht. Wie groß die Beeinträchtigung ist, wenn das Gesicht nicht „normal funktioniert“, hat Michaela W. aus Regensburg erlebt.

Die 29-Jährige wurde mit einer Lippenspalte geboren. Es folgten mehrere Operationen an verschiedenen Kliniken im Babyalter, mit fünf und 18 Jahren. Mit dem Ergebnis war Michaela W. nicht zufrieden. Mit zunehmendem Alter verschob sich das Problem von der Lippe zur Nase. Weil ein Knochen fehlte, wurde die Nase immer schiefer, eine Seite war ständig zu, so dass die Regensburgerin Atemprobleme bekam.

Hilfe fand sie schließlich beim Team von Professor Holger Gassner, Leiter des Bereichs Plastische Gesichtschirurgie am Universitätsklinikum Regensburg. Trotz großer Angst legte sich Michaela W. hier 2012 noch einmal unters Messer – und ist über ihre Entscheidung heute sehr froh, wie sie am Freitag bei einem Pressegespräch betonte. Diesmal verlief die OP wie gewünscht. „Ich fühle mich viel selbstbewusster, Fotos sind kein Problem mehr“, sagte sie und strahlte in die Kameras der Journalisten.

Auch der kleinen Anna konnte an der Uniklinik Regensburg geholfen



Der internationale Kongress zur Plastischen Gesichtschirurgie an der Uniklinik Regensburg führte unter anderem (von links) Professor Benoît Lengelé, Professor Kofi Boahene, die Betroffene Michaela W. und Professor Holger Gassner zusammen. (Foto: gib)

werden. Die Sechsjährige wurde mit dem seltenen Möbius-Syndrom geboren: Ihre Gesichtsmuskulatur ist gelähmt, die Mimik damit extrem eingeschränkt, ein Lächeln unmöglich. „Wir wussten anfangs nicht, ob sie Freude empfinden kann“, erzählte Annas Mutter. Es gab Spekulationen, ob ihre Tochter vielleicht blind ist und deshalb nicht auf andere Menschen reagiert, oder eine geistige Behinderung vorliegt.

Erst nach Jahren stand die Diagnose „Möbius-Syndrom“ fest. „Ihr größter Wunsch war es, auf ihrem Einschulungs-Foto lächeln zu können“, sagte die Mutter. Und zum Erstaunen aller wird dieser Traum tat-

sächlich wahr. In Kooperation mit dem amerikanischen Johns-Hopkins-Medical-Center wurde Anna in diesem Sommer an der Uniklinik Regensburg erfolgreich behandelt. Dafür wurden in zwei Operationen Nerven und Muskeln in beiden Gesichtshälften versetzt. Professor Kofi Boahene vom Johns-Hopkins-Medical-Center weiß, welche Erleichterung eine solche OP für den Patienten bedeuten kann. „Im Gesicht drücken wir viel nonverbal aus. Wenn man das nicht kann, beeinflusst das das Sozialleben stark“, sagte er.

Die extremste Form der plastischen Chirurgie ist die Transplantation eines kompletten Gesichts.

2005 sorgte der Fall der Französin Isabelle Dinoire weltweit für Aufsehen. Nach einer Hundeattacke war der untere Teil ihres Gesichts zerstört, Nase, Mund und Kinnpartie fehlten. Sie war der erste Mensch, dem erfolgreich ein fremdes Gesicht transplantiert wurde. Ihr wurde die untere Gesichtspartie einer bereits hirtoten Frau verpflanzt.

Bei der Operation dabei war damals der belgische Gesichtschirurg Professor Benoît Lengelé. Er hielt am Freitag als Stargast eines fünftägigen internationalen Kongresses zur Plastischen Gesichtschirurgie an der Uniklinik Regensburg einen Vortrag. Er berichtete von den vielen Bedenken, die die erste Gesichtstransplantation begleitet hatten. Vielen war die Operation nicht nur medizinisch waghalsig, sondern auch ethisch fragwürdig erschienen.

Doch der Erfolg ließ die Kritiker verstummen: Isabelle Dinoire lebt bis heute mit ihrem neuen Gesicht. 30 weitere Gesichtstransplantationen hat es bis heute weltweit gegeben. Geeignet ist die Behandlung nur für eine sehr begrenzte Zahl von Unfall-Patienten, betonte Lengelé. Ihr neues Gesicht würden die Betroffenen erstaunlich schnell annehmen. Dabei helfe, dass das Gesicht ihrem eigenen ähnlicher sehe als dem des Spenders, weil es sich den vorhandenen Knochen anpasst. Für die Patienten, die oft aus Angst vor negativen Reaktionen nur noch Kontakt mit Familie und Ärzten hatten, bedeute die Transplantation einen echten Neuanfang.